

Beatrix Oberndorfer

Climate Emergency – Die Klimanotstandsdebatte in politischer Wirklichkeit und Simulation



ZIELGRUPPE/ALTER Sekundarstufe I, ab der 8. Schulstufe, 4. Klasse AHS/NMS/HS



LEHRPLANBEZUG Modul 8 (Politische Bildung): Politische Mitbestimmung



DAUER 2–3 Unterrichtseinheiten



METHODISCH-DIDAKTISCHE EINFÜHRUNG

**Politische
Urteils-
kompetenz**

Die Unterrichtsbausteine verfolgen das Ziel, SchülerInnen der 4. Klasse Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung und den Umgang mit politischen Urteilen näherzubringen. Ausgerichtet an den Maßgaben des österreichischen Kompetenzmodells zur Politischen Bildung¹ lernen sie, sowohl an realen politischen Manifestationen als auch in der Simulation, politische Urteile auf ihre Qualität und Begründung hin zu untersuchen und sich selbst begründet zu positionieren. Angelehnt an die Methode der Fallanalyse nach Politdidaktikerin Sibylle Reinhardt² bahnt eine Simulation politische Handlungskompetenz an. Die SchülerInnen sollen Meinungen, Urteile und Interessen artikulieren und vertreten sowie demokratische Mittel zur Durchsetzung eigener Anliegen in einer Probehandlung anwenden.

**Politische
Handlungs-
kompetenz**

Basiskonzepte: Handlungsspielräume, Lebens-/Naturraum

Thematisch beziehen sich die Unterrichtsbausteine auf die aktuelle Diskussion um den Klimanotstand, der international in zunehmender Häufigkeit konstatiert wird. Die didaktische Konzeption erlaubt damit auch eine Weiterentwicklung der politischen Sachkompetenz, insbesondere der politischen Konzepte Handlungsspielräume sowie Lebens-/Naturraum.



ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- Was bedeutet Klimanotstand im (sozio-)politischen Kontext?
- Welche Auswirkungen hat die Ausrufung des Klimanotstands auf den Staat und seine BürgerInnen?
- Welche Haltungen und Interessen beeinflussen die Klimaschutzdebatte?



INHALTLICHE HINFÜHRUNG ZUM THEMA

Im September 2019 stimmten vier von fünf im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien auf Basis eines Entschließungsantrags für die Postulierung des *Climate Emergency* in Österreich. Dahinter steht das Bestreben, Klimaschutz zu einem der wichtigsten politischen Ziele zu erheben; politische Entscheidungen sollen in Zukunft auf ihre klimatischen Auswirkungen überprüft und wenn nötig modifiziert werden.

Interessens- konflikt Klimaschutz

Die Ausrufung des Klimanotstandes ist gegenwärtig – nur oder zumindest – ein symbolischer Akt, ein politisches Commitment zum Klimaschutz. Anschließend an dieses Bekenntnis wies die öffentliche Berichterstattung umgehend darauf hin, dass die Begrifflichkeit „Klimanotstand“ durch den gewählten Anglizismus bewusst umgangen worden sei.³ Ob dahinter ein Zugeständnis an die KlimaskeptikerInnen steht, die allerorten das Schüren von „Klimapanik“ wittern, kann nur vermutet werden. Dass in die Debatte rund um die menschengemachte Veränderung des Klimas unterschiedliche Interessen verstrickt sind, ist allerdings klar feststellbar.

Klimawandel im Unterricht verankern

Eine Fülle an Werthaltungen, Meinungen, Fakten und auch postfaktischen Ansätzen (Verschwörungstheorien) zum Klimawandel macht die politische Urteilsfindung zunehmend schwierig. Deshalb scheint es notwendig, Klimaschutz auch zu einem Kernanliegen des politischen Unterrichts zu machen, um SchülerInnen Strategien an die Hand zu geben, die sie befähigen, mit politischen Urteilen so umzugehen, dass sie sich ein eigenständiges, fundiertes Bild machen können.

Der Pädagoge Joachim Kahlert verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Umweltbildung nicht „der Herbeiführung eines Verhaltens“ – im Sinne dessen, SchülerInnen zu klimaschützendem Verhalten zu bewegen –, sondern der „Befähigung zu einem Verhalten“ sowie zur „aufgeklärten Teilhabe an der ‚ökologischen Kommunikation‘“ dienen solle.⁴ Diesen Ansatz versuchen die folgenden Unterrichtsbausteine umzusetzen.



UNTERRICHTSABLAUF

Argumente = Teilurteile

Baustein 1 konfrontiert die SchülerInnen mit dem Entschließungsantrag des Nationalrats (**Material 1**), der die Ausrufung des *Climate Emergency* in Österreich bewirkt hat. Dieses politische Urteil soll den SchülerInnen einerseits einen Einblick in realpolitische Urteilsfindung verschaffen und sie andererseits dazu auffordern, es in drei Anforderungsbereichen (Reproduktion – Reorganisation – Reflexion) zu durchdringen. Ein politisches Urteil zu treffen heißt im Grunde nichts anderes, als einen politischen Vorgang oder Zustand zu bewerten⁵, also auf Basis von Argumenten Stellung zu beziehen. Diese Argumente, auch Teilurteile genannt, zu erkennen und auf ihre Begründung zu hinterfragen, ist ein wesentlicher Schritt im Erwerb politischer Urteilskompetenz.

Textbearbeitung Analyse Reflexion

Sprachlich könnte der Entschließungsantrag möglicherweise herausfordernd sein, deshalb bietet es sich an, die Textgrundlage im Plenum vorzubesprechen und dazu auch die bereitgestellten Hintergrundinformationen (**Material 2**) heranzuziehen. Schließlich ist es notwendig, die SchülerInnen mit den Rahmenbedingungen des Klimanotstandes vertraut zu machen, um anschließend Analyse und Reflexion zu ermöglichen.

Baustein 2 transferiert die Debatte um den Klimanotstand von der Ebene der politischen Urteilskompetenz in den Bereich der politischen Handlungskompetenz. Auf Basis der in Baustein 1 gewonnenen Einblicke in die Thematik simulieren die SchülerInnen das Fallbeispiel „Klimanotstand in Krisenkirchen?!“⁶

Anhand verschiedener Diskussionskarten („Tischkarten“, **Material 3**) sollen die verschiedenen Interessen, die im Bereich des Klimaschutzes aufeinandertreffen, erkannt und auf ihre Relevanz betreffend der politischen Urteilsfindung überprüft werden (Kompetenzbereich der Feststellung von Interessen- und Standortgebundenheit). Dazu wird die Klasse in fünf Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe erhält eine Tischkarte mit fünf verschiedenen Positionen. Die SchülerInnen nehmen je eine Rolle ein, besprechen die darin vertretenen Meinungen, Interessen und Urteile in der Tischgesellschaft, diskutieren deren Begründung sowie Bedeutsamkeit und finden mithilfe eines unterstützenden Arbeitsblattes („Positionspapier“, **Material 4**) zu einem gemeinsamen Urteil. Dieses soll anschließend in der Klasse vorgetragen und verteidigt werden („Gemeinderatssitzung“). Hier bahnen die SchülerInnen politische Handlungskompetenz an, indem sie für gemeinsame Interessen eintreten und Entscheidungen nach dem Abwägen verschiedener Standpunkte treffen.

Rollenspiel

Praxis und Reflexion

Zuletzt erstellt jede Tischgruppe eine politische Manifestation in Form einer Empfehlung. Die SchülerInnen simulieren damit die Anwendung demokratischer Mittel zur Durchsetzung politischer Anliegen – also politische Partizipation. Diese Empfehlung an die fiktive Entscheidungsträgerin des Fallbeispiels kann der Lehrperson – hinsichtlich der begründeten Argumentation des darin gefällten Urteils – als Beurteilungsgrundlage für die Unterrichtseinheit dienen. Darüber hinaus empfiehlt es sich, das Simulationsspiel mit den SchülerInnen nachzubesprechen. Dabei könnte einerseits der Wirklichkeitsbezug der fiktiven Situation zur Sprache gebracht werden, andererseits sollten die SchülerInnen, u.a. zu ihrer eigenen Entlastung, auch die Erfahrungen in den jeweiligen Rollen als GemeindebewohnerInnen reflektieren dürfen.

ZUSÄTZLICHE MATERIALIEN AUF www.politischebildung.com



Weitere Unterlagen zum Simulationsspiel „Soll in Krisenkirchen der Klimanotstand ausgerufen werden?“:

- zusätzliche Tischkarten zu **Material 3**
- ergänzende Arbeitsaufgaben für SchülerInnen
- Positionspapier **Material 4**

1 Kramer, Reinhard et al.: Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell. Online unter https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/unterricht/ba/glv_kompetenzmodell_23415.pdf, 25.10.2019.

2 Reinhardt, Sibylle: Politikdidaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin⁷2018, S. 130ff.

3 Der Standard: Österreich hat den Klimanotstand ausgerufen, 26.09.2019. Online unter www.derstandard.at/story/2000109125168/oesterreich-hat-den-klimanotstand-ausgerufen, 10.10.2019.

4 Kahlert, Joachim: Umweltbildung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts.: ³2005, S. 434.

5 Ammerer, Heinrich: Warum denke ich, was ich denke? Politische Tei- lurteile sichtbar machen und bewerten, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 29/2008, S. 15.

6 Das Fallbeispiel ist an eine Reportage des Radiosenders FM4 von Lukas Tagwerker über die erste österreichische Gemeinde im Klima- notstand, Michaelerberg-Pruggern, angelehnt. Die Angaben wur- den namentlich wie inhaltlich verändert. Online unter <https://fm4.orf.at/stories/2987081/>, 05.08.2019.



Entschließungsantrag betreffend Erklärung des Climate Emergency

Begründung

Seit mehreren Monaten demonstrieren zehntausende Menschen österreichweit im Rahmen der Fridays For Future-Bewegung. Sie fordern, dass der Nationalrat und die Bundesregierung, die Bundesländer, die Städte und die Gemeinden sofort, effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Es geht um unsere Zukunft und die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen, denn die Klimakrise ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedensproblem. [...]

Tatsächlich ist die Klimakrise auch längst in Österreich angekommen. Die vergangenen vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Die von der letzten Bundesregierung erfolgreich ins Leben gerufene Plattform „oesterreich.gv.at“ benennt die mit dem fortlaufenden Temperaturanstieg verbundenen Folgen in der Alpenregion: wachsende Intensität und Frequenz von Niederschlägen, mehr Hagel, aber auch mehr Dürreperioden, Verringerung des Bodenwassergehalts, Hochwasser, Murenabgänge, Gletscherrückgang und Schädlingsinvasionen. Mit am stärksten betroffen sind daher Land- und Forstwirtschaft, doch auch die Wasserversorgung gerät unter Druck. Für die Menschen steigen die gesundheitlichen Risiken sowohl direkt durch die Hitze als auch aufgrund der damit steigenden Verbreitung von Krankheitserregern. Österreich hat also allen Grund, auch hierzulande den Climate Emergency auszurufen. Dabei geht es nicht um eine juristische Grundlage für Notstandsmaßnahmen, sondern um ein starkes politisches Signal eines neuerlichen Upgrades in der Klima- und Umweltpolitik hin zur umfassenden Vorreiterrolle. [...] Hier obliegt es den politischen Verantwortlichen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen politischen Ebenen die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu ermöglichen. [...]

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- den Climate Emergency zu erklären und damit die Eindämmung der Klima- und Umweltkrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen. [...]
- bei zukünftigen Entscheidungen auch stets die Auswirkungen auf das Klima und den Klimaschutz feststellen zu lassen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und zu berücksichtigen. [...]
- die österreichische Bevölkerung über alle öffentlichen Kanäle umfassend und beständig über die Klima- und Umweltkrise, ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen diese ergriffen werden, zu informieren. [...]

Quellen: www.oesterreich.gv.at, www.parlament.gv.at

Arbeitsaufgabe

- Benenne, was der Entschließungsantrag konkret von der Bundesregierung fordert.
- Stell fest, welche Hauptargumente dem Entschließungsantrag zugrunde liegen:
 - Der Klimawandel ist kein Grund für Demonstrationen (wie bei Fridays for Future).
 - Der Klimawandel wirkt sich in Österreich nachweislich auf die Umwelt und die Menschen aus.
 - Der Klimawandel ist ein globales Problem und kann in Österreich nicht gelöst werden.
 - Der Klimawandel muss durch politische Rahmenbedingungen (Gesetze etc.) bekämpft werden.
 - Der Klimawandel ist ein Problem, das allerdings nicht von den Menschen verursacht wird.
- Arbeite heraus, wie der Entschließungsantrag seine Forderungen begründet. Unterstreiche die Begründungen im Text.
- Nimm begründet Stellung zur Zielsetzung des Entschließungsantrags. Hättest du als Abgeordnete/r die Ausrufung des *Climate Emergency* unterstützt?



Infobox: Zentrale Begriffe der Klimapolitik

Klimawandel

Als Klimawandel bezeichnet man die überdurchschnittlich schnelle globale Erwärmung, die hauptsächlich dadurch hervorgerufen wird, dass schädliche Treibhausgase (u.a. Kohlendioxid/CO₂) in die Atmosphäre gelangen und dort zu einer Veränderung des Strahlungshaushaltes der Sonne beitragen. Klimatische Veränderungen sind auf der Erde seit jeher ein ganz natürliches Phänomen (z.B. Eiszeiten); etwa seit dem 19. Jahrhundert aber trägt der Mensch durch den erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen (z.B. durch die Industrie, den Verkehr, den hohen Energieverbrauch) wissenschaftlich mess- und nachweisbar negativ zu diesen Veränderungen bei (siehe auch Grafik „Wie der Mensch das Klima verändert“, S. 4).

Klimaziele

Seit die Politik den Klimawandel als menschengemacht erkannt hat, arbeitet man an Klimazielen, die die einzelnen Staaten erreichen sollen, um die globale Erwärmung nicht weiter anzuheizen. Im sogenannten Kyoto-Protokoll wurden Vereinbarungen getroffen, die festlegen, wie hoch der Ausstoß von Treibhausgasen in Industrieländern sein darf. Daneben gibt es jährlich von den Vereinten Nationen abgehaltene Klimagipfel, auf denen sich die UN-Staaten auf Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu einigen versuchen. Auf der UN-Klimakonferenz von Paris im Jahr 2015 beschlossen die Mitgliedsstaaten das „Abkommen von Paris“, das vorsieht, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu senken. Das Problem hierbei ist, dass die Erreichung der Klimaziele durch die einzelnen Staaten auf Freiwilligkeit beruht und somit häufig wirtschaftliche oder dem Klimaschutz zuwiderlaufende gesellschaftspolitische Interessen als kurzfristig wichtiger wahrgenommen werden, das Erreichen der Klimaziele jedoch aufgeschoben wird.

Klimanotstand (*Climate Emergency*)

Weltweit haben bereits einige Städte und sogar ganze Staaten den Klimanotstand ausgerufen (z.B. Australien, Irland und Frankreich). Dieser Zustand hat auf politischer und rechtlicher Ebene keine unmittelbaren Konsequenzen, er soll aber symbolisch aufzeigen, dass die Bekämpfung des Klimawandels eines der wichtigsten Ziele im Staat ist und zukünftige politische Entscheidungen immer auch mit Blick auf den Klimaschutz getroffen werden sollen. Häufig wird der Klimanotstand von PolitikerInnen ausgerufen, weil vorab von den BürgerInnen des Staates weitgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel eingefordert wurden. In Österreich stimmte die Mehrheit der Abgeordneten zum Nationalrat im September 2019 für die Ausrufung des Klimanotstandes. Man einigte sich allerdings auf die Formulierung „Climate Emergency“, da einigen Abgeordneten der Begriff „Notstand“ zu drastisch erschienen war. Ausgangspunkt für die Entscheidung, den „Climate Emergency“ zu erklären, waren die anhaltenden Fridays for Future-Demonstrationen im Land.

KlimaskeptikerInnen

KlimaskeptikerInnen negieren den Klimawandel entweder gänzlich („es gibt keine klimatischen Veränderungen“) oder behaupten, der Klimawandel sei ein natürliches Phänomen und keineswegs vom Menschen beeinflusst (natürlicher Klimawandel vs. menschengemachter/anthropogener Klimawandel). Viele KlimaskeptikerInnen gehen davon aus, dass die Politik sich die Angst vor dem Klimawandel zunutze mache („Klimapanik“, „Klimahysterie“), um die BürgerInnen oder auch die Wirtschaftstreibenden mit weiteren Gesetzen in ihrer Freiheit einzuschränken; dabei ignorieren sie die belegbaren Forschungsergebnisse zum Klimawandel oder interpretieren Daten auf unzulässige Art und Weise, um eine Veränderung des Klimas bestreiten zu können.



- Arbeitsaufgabe** → In deiner Rolle als BewohnerIn Krisenkirchens sitzt du an einem von fünf Tischen. Ihr erhaltet eine Tischkarte (**Material 3**), auf der fünf verschiedene Urteile zum Klimanotstand in Krisenkirchen vermerkt sind.
- Verteilt die verschiedenen Rollen. Anschließend stellt jede/r TeilnehmerIn sein/ihr Urteil vor.
 - Diskutiert die verschiedenen Urteile: Welche Haltungen sind begründet? Welche Interessen stehen hinter den Positionen? Welche Argumente sind wichtiger als andere?

MATERIAL 3

Soll in Krisenkirchen der Klimanotstand ausgerufen werden?

Tischkarte A – Tisch der Wirtschaftstreibenden

HOTELBETREIBERIN: Die Chefin des größten Hotels im Ort ist skeptisch. Sie ist zwar prinzipiell für Umweltschutz und achtet auch auf Mülltrennung und wenig Energieverbrauch in ihrem Hotel, aber der Klimanotstand bereitet ihr Angst. Sie weiß nicht, welche Konsequenzen der Klimaschutz in Krisenkirchen hervorrufen wird: Wenn ihre Hotelgäste plötzlich nicht mehr mit den hoteleigenen Mietautos fahren dürfen oder gar nicht mehr nach Österreich reisen, was dann? Ihre Sorgen gelten vor allem ihrer eigenen Existenz.



HOTELIERSGATTE: Der Chef des größten Hotels im Ort ist eigentlich gelernter Elektrotechniker und setzt sich sehr für den Klimaschutz ein. Er konnte aufgrund seiner Kenntnisse stark in erneuerbare Energien investieren und hat im Hotel eine klimaneutrale Grundwasserpumpe sowie eine Solaranlage installiert. Das senkt den Energieverbrauch des Hotels enorm, und zudem kann das Haus mit seiner Umweltfreundlichkeit Werbung machen – als erste Gemeinde Österreichs im Klimanotstand bekannt zu werden, kann da nur hilfreich sein.



CHRISTBAUMVERKÄUFER: Der Forstwirt kann das Wort „Klima“ schon gar nicht mehr hören. Seiner Meinung nach dreht sich die ganze Diskussion im Kreis. Solange fossile Brennstoffe weiterhin verwendet werden, gibt es keinen „klimaneutralen“ Christbaum! Er denkt, dass die mächtigen Leute, die viel Geld mit fossiler Energie verdienen, den Klimaschutz absichtlich verhindern. Krisenkirchen und seine EinwohnerInnen könnten aufgrund ihrer mangelnden Größe und ihres mangelnden Einflusses mit ihrer Aktion gar nichts erreichen.



AUTOHAUSBETREIBER: Der Besitzer des kleinen Autohauses in Krisenkirchen hat sich vom Mechanikerlehrling hochgearbeitet. Er hält sich in der Diskussion um den Klimaschutz normalerweise lieber zurück, weiß er doch, dass Autos mit ihren Abgasen ein wesentliches Problem für die Umwelt darstellen. Auf Elektroautos umzustellen kann er sich nicht leisten, also argumentiert er, dass auch diese nicht hundertprozentig umweltfreundlich sind. Und wenn in Krisenkirchen also der Klimanotstand ausgerufen werden soll, ist er klar dagegen: Wer weiß, vielleicht muss er am Ende sein Autohaus zusperren oder zumindest seine zwei Mitarbeiterinnen entlassen – das ist ganz schlecht für die Arbeitsplätze in der kleinen Gemeinde!



ZUHÖRER/IN: Am Tisch der Wirtschaftstreibenden sitzt auch ein/e ZuhörerIn, der/die sich vermittelnd in die Diskussion einbringt. Der/die ZuhörerIn sieht es als seine/ihre Aufgabe, die Diskutierenden daran zu erinnern, dass man zu einem gemeinsamen Urteil finden sollte. Er/sie hilft den anderen dabei, Kompromisse zu finden und notiert die einzelnen Teilurteile im Positionspapier.





Soll in Krisenkirchen der Klimanotstand ausgerufen werden?

Tischkarte B – Tisch der VerantwortungsträgerInnen der Gemeinde

BÜRGERMEISTERIN: Die Bürgermeisterin ist noch unentschlossen. Sie selbst war in ihrer Studentinnenzeit ein Umweltaktivistin, hat aber mit ihrem Aufstieg in der Partei XYÖ gelernt, pragmatisch zu sein. Obwohl sie den Klimanotstand selbst für eine neue, wegweisende Idee hält, weiß sie, dass sie als Gemeindevorsteherin nicht nur ihre eigenen Interessen durchsetzen darf. Bei der Bürgermeisterwahl vor einem Jahr hat sie damit geworben, die Sorgen, Bedürfnisse und Ansichten der GemeindebewohnerInnen ernst zu nehmen, deshalb will sie erst alle Meinungen einholen, bevor sie sich für oder gegen den Klimanotstand entscheidet.



GEMEINDERATSMITGLIED: Herr L. ist von Beruf eigentlich Geografielehrer und sitzt schon seit einigen Jahren im Gemeinderat, weil er es für notwendig hält, sich in der Gemeinde zu engagieren und daran mitzuwirken, dass alle GemeindebewohnerInnen soziale Gerechtigkeit erfahren und für die Zukunft der Kinder vorgesorgt wird. Den Klimanotstand hält er für eine spannende und aufregende Idee. Er findet es gut, wenn Krisenkirchen als Vorbildgemeinde vorangeht – vor allem, weil man schleunigst damit anfangen muss, sich um die Zukunft der künftigen Generationen zu kümmern und ihnen einen bewohnbaren, sauberen Planeten zu hinterlassen.



GEMEINDEPFARRER: Der Pfarrer ist ganz selbstverständlich für den Schutz der Umwelt. Er sagt, dass die Menschen auf die Erde – Gottes Geschenk – gut achtgeben müssen. Außerdem sei jedes Lebewesen wertvoll und deshalb müssen auch die Tier- und Pflanzenwelt geschützt werden. Der Klimanotstand geht ihm allerdings fast einen Schritt zu weit. Wenn die Menschen in der Gemeinde zusammenstünden und zu den christlichen Werten zurückfänden, dann würde sich der Rest ganz von selbst erledigen. Und dass der Klimawandel tatsächlich vom Menschen verursacht wird, dessen ist er sich auch nicht ganz sicher.



GEMEINDEÄRZTIN: Die Hausärztin der Gemeinde ärgert sich über den Vorschlag, den Klimanotstand auszurufen. Sie schimpft, dass diese Aktion nur Symbolpolitik sei und genauso wenig Handlungen gegen den Klimawandel nach sich ziehen würde wie alles andere, was seit Jahren rund um das Thema diskutiert wird. Nur weil man dem Phänomen jetzt einen neuen, dramatischen Namen verpasst, heißt das noch lange nichts. Vielleicht wäre es besser, der Gemeinderat würde sich in den jeweiligen Parteien dafür einsetzen, dass strengere Gesetze gegen die Industrien, die das Klima verschmutzen, erlassen werden. Das würde wirklich etwas bringen.



ZUHÖRER/IN: Am Tisch der VerantwortungsträgerInnen der Gemeinde sitzt auch ein/e ZuhörerIn, der/die sich vermittelnd in die Diskussion einbringt. Der/die ZuhörerIn sieht es als seine/ihre Aufgabe, die Diskutierenden daran zu erinnern, dass man zu einem gemeinsamen Urteil finden sollte. Er/sie hilft den anderen dabei, Kompromisse zu finden und notiert die einzelnen Teilurteile im Positionspapier.

